

16
162
162-4

28.12.2021
Frau Werning-Gyoerkoe
22913
Vfg Ausführung Ratsbe-
schluss nach Beschluss
IR.docx

Umsetzung Ratsbeschluss vom 14.12.21 zu TOP 5.4.1.: Petition der Seebrücke - Grünes Licht für die Aufnahme von Menschen an der belarussischen – polnischen Grenze 4052/2021

1. Sachverhalt

Der Rat folgt dem Beschluss des Integrationsrates (s. Anlage) und unterstützt die Petition der Seebrücke „Grünes Licht für die Aufnahme von Menschen an der belarussischen – polnischen Grenze“. Er bittet Frau Oberbürgermeisterin Reker, sich u.a. an das Bundesinnenministerium zu wenden und anzubieten, Geflüchtete von der polnisch-belarussischen und polnisch-deutschen Grenze in Köln aufzunehmen. Es geht nachfolgendes Schreiben:

2. Schreiben (auf Wappenbogen) an: ab:

Köln, im Januar 2022

Bundesministerium des Innern und für Heimat
Frau Bundesministerin Nancy Faeser
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Beschluss des Rates der Stadt Köln zur Rettung von Geflüchteten an der belarussisch-polnischen Grenze

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

zu Ihrem neuen Amt als Bundesministerin des Innern und für Heimat gratuliere ich Ihnen sehr und möchte mich sogleich mit einem wichtigen Anliegen an Sie wenden.

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 14.12.2021 beschlossen, der Petition der Seebrücke „Grünes Licht für die Aufnahme von Menschen an der belarussisch-polnischen

Grenze“ zu folgen, sich an Ihr Haus zu wenden und anzubieten, Geflüchtete von der polnisch-belarussischen und polnisch-deutschen Grenze in Köln aufzunehmen, sich medienwirksam für eine solche Aufnahmepolitik stark zu machen sowie sich gemeinsam mit dem Städtebündnis Sicherer Häfen an die Bundesregierung zu richten, um kommunale Aufnahmeprogramme für geflüchtete Menschen zu ermöglichen.

Einmal mehr sind wir Zeugen einer humanitären Katastrophe, die ein Ergebnis einer lange schon eingeforderten, aber immer noch fehlenden gesamteuropäischen Geflüchtetenpolitik ist. Besonders für die Kinder, für schwangere Frauen und kranke Menschen kann ich nur von einer humanitären Katastrophe sprechen, der Europa nicht tatenlos zuschauen darf.

Als Oberbürgermeisterin der Stadt Köln unterstütze ich daher diesen Ratsbeschluss mit Blick auf die extreme Notlage der geflüchteten Menschen an der polnisch-belarussischen und polnisch-deutschen Grenze.

Bereits in der Vergangenheit hat die Stadt Köln ihre Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete gegenüber Bund und Land NRW deutlich gemacht und sich für kommunale Aufnahmeprogramme für Menschen aus Kriegs- und Krisenregionen über die Zuweisungsquoten hinaus eingesetzt. Ich weiß um die Solidarität der Kölner Bevölkerung mit den notleidenden Menschen und erlebe jeden Tag ein großes bürgerschaftliches Engagement in unserer Stadt.

Als Mitglied im Städtebündnis Sicherer Häfen wird sich die Stadt Köln daher weiterhin aktiv dafür einsetzen, dass geflüchteten Menschen Schutz vor Krieg und Verfolgung und eine sichere Perspektive für ein Leben in Frieden geboten wird. Ich bitte Sie daher, gemeinsam mit den Bundesländern, den aufnahmebereiten Kommunen die Möglichkeit zu geben, ihrer humanitären Verpflichtung nachzukommen.

In der Anlage übersende ich Ihnen Auszüge aus den Protokollen des Integrationsrates und des Rates der Stadt Köln aus November und Dezember 2021.

Mit freundlichen Grüßen

Henriette Reker

Anlagen:

- Auszug Niederschrift Integrationsrat vom 16.11.2021 (TOP 6.2)
- Auszug Entwurf Niederschrift Rat vom 14.12.2021 (TOP 5.4.1)

3. Kopie des Briefes per Mail z.Kt. an: ab am: 7.2.22

Herr Minister Dr. Stamp, Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

Herr Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages

Herr Oberbürgermeister Mike Schubert als Koordinator des Städtebündnisses Sicherer
Häfen

4. Verfügungsdurchschrift per Mail z.Kt. an:

ab am: 7.2.22

33 AL

56 AL

162-1 Geschäftsführung Integrationsrat

162-1 Geschäftsführung Runder Tisch Flüchtlingsfragen

Fraktionen: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP, Volt, AfD,
Die FRAKTION